



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Stiens

Telefon: (0221) 22125001

Fax: (0221) 22126565

E-Mail: verena.stiens@stadt-koeln.de

Datum: 18.06.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 10.06.2013, 15:33 Uhr bis 17.10 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Winrich Granitzka CDU

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Henk van Benthem CDU i. V. für Herrn Dr. Elster

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel SPD

Frau Inge Halberstadt-Kausch SPD

Frau Monika Möller SPD

Frau Susana dos Santos Herrmann SPD

Frau Gisela Manderla CDU

Herr Werner Marx CDU

Frau Brigitta von Bülow GRÜNE

Herr Manfred Richter GRÜNE

Herr Andreas Wolter GRÜNE

Herr Volker Görzel FDP

Herr Frank Maul PRO KÖLN bis 16.00 Uhr

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz Dieter Klein	auf Vorschlag der SPD	
Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD	
Herr Oliver Kreams	SPD	
Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU	
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU	
Herr Ralf Klemm	GRÜNE	bis 17.00 Uhr
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)	
Herr Rüdiger Dröger	FDP	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Jörg Kalitowitsch KLuST e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Rudolf Schaefers PRO KÖLN
Herr Nijat Bakis

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Adelheid Langes Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
Herr Mevlüt Ekinci

Verwaltung

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Herr Werner Adams
Herr Ingo Fleischer
Herr Wolfgang Heintz
Frau Ursula Herx
Herr Robert Kilp
Herr Hans-Joachim Mohr

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

GPR

Herr Jörg Dicken

Schriftführerin

Frau Verena Stiens

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralph Elster CDU

Herr Granitzka begrüßt die Anwesenden und verpflichtet Herrn Jörg Kalitowitsch als neues Mitglied des Ausschusses.

Anschließend trägt er die Vorschläge der Verwaltung zur Aufnahme in bzw. Absetzung von der Tagesordnung vor:

I. Öffentlicher Teil

- 4.11 Jahresbericht 2011/2012 der Kölner Anti Spray Aktion
1657/2013
- 4.12 Kontingentierung des Kölner Taximarktes
1945/2013
- 6.1.1 Bericht über den Abschluss des Vergleichs zum Ausgleich für zu viel geleistete Arbeitszeit der Feuerwehr
1859/2013
- 10.5 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme und Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln
4241/2012
- 10.6 Verordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Beförderungsentgelte für den Verkehr mit den in der Stadt Köln zugelassenen Taxen - Kölner Taxitarif -
1389/2013
- 10.7 Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln
1498/2013
Tischvorlage

II. Nichtöffentlicher Teil

- 16.4 Lizenzprüfung der Firma Hewlett Packard im Amt für Informationsverarbeitung mit Nachforderungsanspruch und Fortschreibung der Systemmanagementstrategie
2013ff.
1464/2013
- 16.3 Vorschlagsliste für Schöffinnen und Schöffen, Wahlperiode 01.01.2014 bis
31.12.2018
1686/2013

zurückgezogen

- 16.5 Wahl der Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Jugendschöffinnen/Jugendschöffen und Schöffinnen/Schöffen beim Amtsgericht Köln
1583/2013
Tischvorlage

Herr Wolter schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 4.9, 4.10, 4.11 und 4.12 zu vertagen. Darüber hinaus schlägt er vor, die Tagesordnungspunkte unter TOP 10.7 und 16.5 ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Herr Görzel schlägt ergänzend vor, TOP 10.6 ebenfalls zu vertagen.

Herr Kahlen trägt einen weiteren Vorschlag der Verwaltung vor, unter TOP 4.13 die Mitteilung "Räumung des ehemaligen Kolbgeländes in der Helmholtzstraße 8-32 in Köln-Ehrenfeld" in die Tagesordnung aufzunehmen.

Der Ausschuss ist mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 2 Internationales**
- 2.1 Vergabe Mittel aus dem Fördertopf "Städtepartnerschaften gestalten" 2012
1590/2013
- 3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**
- 3.1 Pilotversuch zur Sammlung von Alttextilien
1770/2013
- 4 Mitteilungen der Verwaltung**
- 4.1 Mitarbeiterqualifizierung 2012/2013
1147/2013
- 4.2 Straßeninstandsetzungsarbeiten im Zusammenhang mit Aufgrabungen der Telekommunikations- und Versorgungsunternehmen im Jahr 2012
0511/2013
- 4.3 Sachstandsbericht zur Beschlussvorlage 0064/2012, hier: Aufbau und Bereitstellung einer Informationsplattform
1238/2013

- 4.4 Arbeitspapier des Deutschen Städtetages zu "Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung"
1319/2013
- 4.5 Statistischer Jahresbericht der Ausländerbehörde - 2012
1188/2013
- 4.6 Genehmigung der Bezirksregierung Köln zur Einführung des gebundenen Ganztages an der Hauptschule Rendsburger Platz (Mülheim) ab Schuljahr 2013/14
1727/2013
- 4.7 Übersicht über die wesentlichen Änderungen des Ladenöffnungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen
1644/2013
- 4.8 Jahresbericht 2012 - Kölner Haus des Jugendrechts
1682/2013
- 4.9 Personalsituation 2013 - Perspektiven
1852/2013
- 4.10 Kriterien für die Zuweisung von zusätzlichen Präsenzzeiten in Schulsekretariaten und Ausweitung des Vertretungspool im Wert von 50 Stellen
1900/2013
- 4.11 Jahresbericht 2011/2012 der Kölner Anti Spray Aktion
1657/2013
- 4.12 Kontingentierung des Kölner Taximarktes
1945/2013
- 4.13 Räumung des ehemaligen Kolbgeländes in der Helmholtzstraße 8-32 in Köln-Ehrenfeld
1928/2013
- 5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**
- 6 Schriftliche Anfragen**
- 6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.05.2013
Bericht über den Abschluss des Vergleichs zum Ausgleich für zu viel geleistete Arbeitszeit der Feuerwehr
AN/0579/2013
- 6.1.1 Bericht über den Abschluss des Vergleichs zum Ausgleich für zu viel geleistete Arbeitszeit der Feuerwehr
1859/2013

7 Mündliche Anfragen

- 7.1 Mündliche Anfrage von Frau Manderla zu dem derzeitigen Besetzungsstand der Poststelle des Versorgungsamtes
- 7.2 Mündliche Anfrage von Frau Manderla zu einer auf Taxen angebrachten Werbung eines Kölner Bordellbetriebes
- 7.3 Mündliche Nachfrage von Herrn Marx zur durchgeführten Mitarbeiterbefragung
- 7.4 Mündliche Anfrage von Herrn Görzel zur Beteiligung der Kölner Stadtentwässerungsbetriebe an einem Forschungsprojekt der Landesregierung

8 Anträge

9 Platzvergaben

- 9.1 Genehmigung zur Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2013
1057/2013

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln
1316/2013
- 10.2 Temporärer Bau (Kindertageseinrichtung) Herler Ring, Köln-Buchheim
0869/2013
- 10.3 Energieberatung für die städtischen Museen
hier: Einrichtung einer Stelle und Finanzierung
3691/2012
- 10.4 Zusetzung einer Stelle Familienhebamme beim Gesundheitsamt
0837/2013
- 10.5 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme und Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln
4241/2012
- 10.6 Verordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Beförderungsentgelte für den Verkehr mit den in der Stadt Köln zugelassenen Taxen - Kölner Taxitarif -
1389/2013
- 10.7 Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln
1498/2013

II. Nichtöffentlicher Teil

11 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

12 Mitteilungen der Verwaltung

12.1 Prüfbericht Abwicklung der ordnungsgemäßen Aufgabenerledigung im Bereich der Lebensmittelüberwachung bei 57 - Umwelt- und Verbraucherschutzamt (4478/2011), Sachstandsbericht
1641/2013

13 Schriftliche Anfragen

14 Mündliche Anfragen

15 Anträge

16 Allgemeine Vorlagen

16.1 Bedarfsfeststellung zur Lieferung von Notebooks und Zubehör
0858/2013

16.2 Einleitung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 32 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 8-
1454/2013

16.3 Vorschlagsliste für Schöffinnen und Schöffen, Wahlperiode 01.01.2014 bis 31.12.2018
1686/2013
zurückgezogen

16.4 Lizenzprüfung der Firma Hewlett Packard im Amt für Informationsverarbeitung
1464/2013

16.5 Wahl der Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Jugendschöffinnen/Jugendschöffen und Schöffinnen/Schöffen beim Amtsgericht Köln
1583/2013

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

2.1 Vergabe Mittel aus dem Fördertopf "Städtepartnerschaften gestalten" 2012
1590/2013

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Wolf berichtet, in diesem Jahr feiere Köln insgesamt sechs Städtepartnerschaftsjubiläen. Anlässlich des bekanntesten Jubiläums, 50 Jahre Städtepartnerschaft Köln – Kyoto, sei nach einem Besuch des Herrn Oberbürgermeisters Roters in Kyoto nun eine große Delegation aus der Partnerstadt zum Gegenbesuch in Köln eingetroffen. Anlässlich dieses sehr fruchtbar und erfolgreich verlaufenden Besuches habe es am Wochenende ein großes Rahmenprogramm gegeben, über dies auch in den Medien berichtet wurde.

Herr Granitzka nutzt die Gelegenheit, einen großen Dank und ein besonderes Lob an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Büros für Internationale Angelegenheiten auszusprechen, die insbesondere hinsichtlich der umfangreichen Vorbereitungen wie immer sehr gute Arbeit geleistet hätten.

Frau Manderla nimmt Bezug auf die vorliegende Mitteilung, wonach 6.658 € der im Haushalt für Projekte zur Förderung von Städtepartnerschaften zur Verfügung gestellten Mittel nicht in Anspruch genommen wurden und bittet um Begründung sowie um Mitteilung, inwiefern diese Mittel für diese wichtige Aufgabe ggfs. noch im Nachhinein verwendet werden könnten.

Herr Wolf erklärt, es hätten nicht ausreichend Anträge vorgelegen, die veranschlagten Mittel in voller Höhe ausschöpfen zu können. Einem Teil der Anträge habe man darüber hinaus aus inhaltlichen Gründen nicht entsprechen können. Er ergänzt, eine Übertragung der Mittel in das nächste Haushaltsjahr sei beantragt worden und fügt hinzu, für das Jahr 2013 seien die Mittel wieder in Höhe des Vorjahres veranschlagt worden. Da dieses Jahr darüber hinaus zu einem früheren Zeitpunkt mit der Ausschreibung begonnen werden könne, rechne er mit einer vollständigen Ausschöpfung der hier zur Verfügung stehenden Mittel.

Herr Granitzka ergänzt abschließend, insbesondere aufgrund der für die einzelnen Vereine nur in geringer Höhe zur Verfügung gestellten Mittel bitte er darum, sich bei der Kämmerin für die Übertragung der noch nicht in Anspruch genommen Beträge einzusetzen.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Pilotversuch zur Sammlung von Alttextilien 1770/2013

Die Beantwortung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Manderla bittet darum, erst die vollständige Auswertung des Pilotversuches abzuwarten, bevor eine Entscheidung hinsichtlich der Ausweitung des Konzeptes auf andere Stadtteile getroffen werde.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Mitarbeiterqualifizierung 2012/2013 1147/2013

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen greift eine Passage aus der Mitteilung auf, wonach die für die Mitarbeiterqualifizierung für das Jahr 2012 veranschlagten Mittel nur zu 78 % ausgeschöpft worden seien und fragt, inwiefern hier ggfs. Anträge der Fachverwaltung zur Durchführung von Schulungen z.B. wegen mangelnder Umsetzbarkeit abgelehnt wurden. Außerdem bittet er um Mitteilung, wa-

rum die Restmittel nicht wie 2011 bereits geschehen in das Folgejahr übertragen worden seien.

Herr Richter äußert sich verwundert über die Höhe der hier zur Verfügung stehenden Mittel, die seiner Meinung nach deutlich unter vergleichbaren Kennzahlen der Privatwirtschaft lägen. Darüber hinaus bitte er um Information, wie hoch der Anteil der Führungskräfte sei, die regelmäßig an Schulungen teilnehmen und sich weiterbilden würden.

Frau von Bülow fragt, inwiefern es angedacht sei, wieder Fortbildungen zum Themenbereich Gender-Mainstreaming in das Programm aufzunehmen.

Frau Manderla regt an, anstatt von vielen vereinzelt fachspezifischen Schulungen, das Angebot vermehrt in die Breite auszuweiten.

In Anlehnung an Frau von Bülows Frage bittet sie zudem um Information, inwiefern bereits Überlegungen angestellt werden, in Zukunft auch Schulungen für Väter hinsichtlich des Themas der Vereinbarkeit von Beruf und Familie anzubieten.

Herr Prandi nimmt Bezug auf Herrn Detjens Nachfragen und betont, Anträgen und Finanzierungswünschen der Dienststellen sei in vollem Umfang entsprochen worden. Darüber hinaus seien für 19 Maßnahmen Fortbildungsmittel in einem finanziellen Umfang von ca. 50.000 € von Ämtern beantragt, jedoch nicht über das Personal- und Organisationsamt abgerechnet worden.

Er informiert des Weiteren, in den vergangenen Jahren sei es nicht gelungen, Fortbildungsmittel in das Folgejahr zu übertragen. Genauer sei dies 2012 erstmalig erfolgt.

Herr Prandi fügt hinzu, die in der Mitteilung genannten Zahlen bezögen sich lediglich auf das zentrale Fortbildungsbudget der Kernverwaltung, welches ca. 1/5 der gesamten für Fortbildungsmaßnahmen zur Verfügung stehenden Mittel i.H.v. ca. 2,5 Mio € ausmache.

Hinsichtlich des Verhältnisses von Personalkosten zu Fortbildungsaufwendungen seien zwei Kennzahlen zu nennen. Bezogen auf den Personalkostenetat der Kernverwaltung, ergebe sich für den Bereich der Personalentwicklung eine Quote von 0,28 %. Addiere man hier noch den bereits erwähnten Etat der Ämter hinzu, käme man auf eine Quote von 0,6 %, wobei hierin die Kosten der anderen Dienststellen noch nicht enthalten seien.

Hinsichtlich der Teilnahme von Führungskräften am Fortbildungsprogramm des Personal- und Organisationsamtes, läge die Quote bei ca. 23 %. Bezüglich der übrigen Dienststellen lägen ihm leider keine konkreten Daten vor. Um dem wachsenden Bedarf Rechnung zu tragen, sei man zudem dabei, das speziell an Führungskräfte gerichtete Fortbildungsangebot sukzessive zu erhöhen. Ein weiterer Anstieg der genannten Quote sei somit vorstellbar.

Nicht zuletzt auch um einem Auftrag aus dem Frauenförderplan sowie dem Rat Rechnung zu tragen, beschäftige sich die Verwaltung hinsichtlich weiterer möglicher Fortbildungsmaßnahmen unter anderem auch mit der Fragestellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. mit der Frage, welche Möglichkeiten die Stadt Köln habe, die bestehenden Betreuungsmöglichkeiten zu verbessern. Entsprechende Vorschläge würden dem Rat nach erfolgter Ausarbeitung vorgelegt werden.

Frau Kronenberg informiert ergänzend, seit sieben Jahren würden kontinuierlich Schulungen zum Thema Gender-Mainstreaming angeboten und durchgeführt werden. Auf der Ebene der Amtsleiter und Amtsleiterinnen und ihrer Stellvertreter/-innen seien bisher 200 der 260 Führungskräfte geschult worden. Für die Verbleibenden würden weiterhin regelmäßig Schulungen angeboten, auf die vorab explizit hingewiesen werde.

Frau Kronenberg fügt abschließend hinzu, zunehmend meldeten auch junge Väter Unterstützungsbedarf an. Dieser Zielgruppe sollte sich daher vermehrt mit Fortbildungen gewidmet werden, die z.B. die Themenkreise Elternzeit bzw. reduzierte Arbeitszeit aufgreifen.

Die Verwaltung wird diesen Aspekt in die oben genannte Fragestellung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie aufnehmen.

4.2 Straßeninstandsetzungsarbeiten im Zusammenhang mit Aufgrabungen der Telekommunikations- und Versorgungsunternehmen im Jahr 2012 0511/2013

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Nachfrage von Herrn Wolter erklärt Herr Kahlen, bei der in der Mitteilung genannten Summe handele es sich um Kosten, die der Stadt im Zusammenhang mit Aufgrabungen der Telekommunikations- und Versorgungsunternehmen entstanden seien, um einen bestimmten festgelegten Qualitätsstandard wieder herzustellen.

Nachtrag der Verwaltung:

Im Sinne eines besseren Verständnisses sei ergänzend darauf hingewiesen, dass die aufgelisteten Kosten für die Durchführung von insgesamt neun in der Anlage näher bezeichneten Maßnahmen angefallen sind.

4.3 Sachstandsbericht zur Beschlussvorlage 0064/2012, hier: Aufbau und Bereitstellung einer Informationsplattform 1238/2013

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Manderla informiert, ihr sei im Zusammenhang mit dem Aufbau und der Bereitstellung der Informationsplattform von technischen Schwierigkeiten berichtet worden und bittet an dieser Stelle um Aufklärung.

Herr Krems bittet, die Mitteilung auch den Bezirksvertretungen zur Kenntnis zu geben und diese darüber hinaus, sofern vorgesehen, auch hinsichtlich eines möglicherweise geplanten Schulungsangebotes zu berücksichtigen.

Herr Kahlen weist darauf hin, die in der Mitteilung näher erläuterte Informationsplattform stehe Zielgruppen-bedingt nur für Nutzer des Intranets zur Verfügung. Aus dem Internet sei hingegen kein Zugriff auf das beschriebene System vorgesehen. Er ergänzt, ein entsprechender Link zur Plattform werde der Niederschrift hinzugefügt.

Darüber hinaus sichert Herr Kahlen Herrn Krems die Aufnahme und Überprüfung seines Hinweises zu.

Herr Dr. Engel bestätigt, die Mitteilung informiere über eine Zusatzfunktion der über das Internet aufzurufenden Projektdatenbank, die lediglich über das Intranet zu nutzen sei. Hierüber werden die Projektdaten mit entsprechenden Vorlagen aus den Gremien verknüpft. Diese Zusatzfunktion befinde sich zwar noch im Testbetrieb, werde jedoch bereits in naher Zukunft freigeschaltet werden können.

→ Links zur Informationsplattform:

Projektdatenblätter abrufbar über (Zugriff über das Intranet):

<http://kp1ua090/intranet/aemter/26/bauen/projektservice/index.html>

bzw. über das Ratsinformationssystem:

<https://krdiv61.verwaltung.stadtkoeln.de/ratsinfo>

sowie zum Teil direkt über einzelne Vorlagen mit dem Verweis auf den Link "Projektstatus 1".

4.4 Arbeitspapier des Deutschen Städtetages zu "Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung" 1319/2013

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau von Bülow bittet darum, die Mitteilung auch dem Ausschuss Kunst und Kultur zur Kenntnis zu geben.

Frau dos Santos Herrmann regt an, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe des Deutschen Städtetages auf die mögliche Handhabung und Umsetzung in der Stadt Köln zu prüfen und den betreffenden Ausschüssen eine entsprechende Mitteilung zur Bewertung und Diskussion vorzulegen. Da eine verstärkte Bürgerbeteiligung immer auch einen vermehrten Arbeitsaufwand bedeute, werde unter anderem dieser Aspekt vor dem Hintergrund der generellen Zielsetzung, Arbeitsabläufe zu beschleunigen, mit Sicherheit diskutiert werden.

Herr Kahlen versichert, sobald die Ergebnisse der Arbeitsgruppe des Deutschen Städtetages, an der auch Herr Oberbürgermeister Roters beteiligt sei, vorlägen, würden diese selbstverständlich auch den Ausschüssen zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

4.5 Statistischer Jahresbericht der Ausländerbehörde - 2012 1188/2013

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Granitzka spricht sein Lob an die Verwaltung aus, die hinsichtlich der schwierigen Prüfung, welcher Antragsteller bzw. welche Antragstellerin wirklich in Not sei, gute Arbeit leiste. Auf diese Weise werde gewährleistet, dass Leistungen nur an tatsächlich Bedürftige ausbezahlt werden.

Auf Nachfrage von Frau Manderla bestätigt Frau Dahmen, der Rückgang an durchgeführten Einbürgerungen sei auch auf Vakanzen im personellen Bereich zurückzuführen. Sie erläutert, 2012 habe es Wechsel bei drei der vier Führungspositionen gegeben. Zudem käme es auch im Bereich der Sachbearbeitung immer wieder zu Vakanzen, die aufgrund des Aufgabengebietes oft schwer nach zu besetzen seien. Die Verwaltung habe sich in dieser Phase dazu entschieden, hier vorübergehend Prioritäten zu setzen und als erstes die leichten Einbürgerungen zu bearbeiten. Als nächstes seien die schwierigeren Fälle abgearbeitet worden und erst zuletzt Ablehnungen ausgesprochen worden. Zwar fiele derzeit noch eine Führungskraft krankheitsbedingt aus; für das Jahr 2013 gehe sie jedoch davon aus, wieder mehr Einbürgerungen durchführen zu können.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Görzel zu Punkt 3 der Mitteilung informiert Frau Dahmen, die Zahl der Asylantragstellerinnen/-steller weise zwar weiterhin eine steigende Tendenz auf, jedoch sei sie noch nicht mit der hohen Anzahl Ende 2012 zu vergleichen. Sie ergänzt abschließend, gegen Ende des Jahres 2013 werde hier wieder mit einem stärkeren Anstieg gerechnet.

4.6 Genehmigung der Bezirksregierung Köln zur Einführung des gebundenen Ganztages an der Hauptschule Rendsburger Platz (Mülheim) ab Schuljahr 2013/14 1727/2013

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.7 Übersicht über die wesentlichen Änderungen des Ladenöffnungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen
1644/2013**

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Herrn Detjen bestätigt Herr Kilp, vor Erlass der Rechtsverordnungen zur Freigabe der im Rahmen der Sonderregelung für Ladenöffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen vereinbarten Tage werden unter anderem auch die Kirchen angehört und informiert.

Herr Wolter merkt an, das von der Landesregierung verabschiedete Gesetz gehe in die richtige Richtung. Insbesondere begrüße seine Fraktion die Entscheidung der Stadt, hinsichtlich der verkaufsoffenen Sonntage an der bisherigen Regelung von lediglich 3 verkaufsoffenen Sonntagen festzuhalten.

**4.8 Jahresbericht 2012 - Kölner Haus des Jugendrechts
1682/2013**

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.9 Personalsituation 2013 - Perspektiven
1852/2013**

Der Ausschuss hat vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, die Kenntnisnahme der Mitteilung zu vertagen.

**4.10 Kriterien für die Zuweisung von zusätzlichen Präsenzzeiten in Schulsekretariaten und Ausweitung des Vertretungspool im Wert von 50 Stellen
1900/2013**

Der Ausschuss hat vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, die Kenntnisnahme der Mitteilung zu vertagen.

**4.11 Jahresbericht 2011/2012 der Kölner Anti Spray Aktion
1657/2013**

Der Ausschuss hat vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, die Kenntnisnahme der Mitteilung zu vertagen.

**4.12 Kontingentierung des Kölner Taximarktes
1945/2013**

Der Ausschuss hat vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, die Kenntnisnahme der Mitteilung zu vertagen.

**4.13 Räumung des ehemaligen Kolbgeländes in der Helmholtzstraße 8-32 in Köln-Ehrenfeld
1928/2013**

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen greift eine Anfrage der Fraktion Die Linke im Rat auf und erklärt, ggfs. hätte man über ein weiteres Gespräch mit den Anwohnern/ -innen des Kolbgeländes vor der geplanten Zwangsräumung wichtige Informationen gewinnen können. Des Weiteren bittet er um Information, für wann in etwa mit einem nächsten Räumungstermin zu rechnen sei.

Frau Manderla merkt an, nach der Kündigung des Mietvertrages im Jahre 2009 seien ausreichend Gespräche mit den Mietern/ -innen des Kolbgeländes geführt und Versuche unternommen worden, das Grundstück zu entmieten. Dies sei nicht nur gutes Recht, sondern auch Pflicht der Stadt Köln. Vor diesem Hintergrund bitte sie um Information, inwiefern die Politik die Stadt ggfs. bei ihrem Vorhaben unterstützen und die Übergabe an die Gesellschaft beschleunigen könne.

Frau Herx verweist auf die Ausführungen der vorliegenden Mitteilung und informiert, nachdem eine nicht im Räumungstitel benannte Person einen Untermietvertrag vorgelegt habe, hätte die ursprünglich für den 03.06.2013 terminierte Räumung des Kolbgeländes abgebrochen werden müssen. Hierauf habe die Verwaltung vor dem Landgericht Köln umgehend einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gestellt, der leider abgelehnt worden sei. Hiergegen habe die Stadt Köln Rechtsmittel eingelegt. Das weitere Verfahren bzw. der nächste Zeitpunkt einer möglichen Räumung sei nun nicht zuletzt auch von diesem Urteil abhängig. Sollte im Sinne der Stadt entschieden werden, werde die Stadt auch gegen weitere Personen, die inzwischen Untermietverträge vorgelegt haben, den Erlass einer einstweiligen Räumungsverfügung beantragen. Im Falle einer Ablehnung müsste jede einzelne im Räumungstitel nicht genannte Person gesondert auf Räumung des Geländes verklagt werden.

Frau Herx fügt hinzu, die Stadt habe darüber hinaus einen Rechtsanwalt beauftragt, über ein weiteres Verfahren den Abschluss weiterer Untermietverträge zu verhindern.

Herr Hopfauf bittet um Mitteilung der bisher entstandenen Kosten. Hinsichtlich des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung bitte er zudem, die Ablehnungsgründe des Landgerichtes näher zu erläutern.

Frau Herx sichert dem Ausschuss die Klärung der offenen Fragen zu.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.05.2013 Bericht über den Abschluss des Vergleichs zum Ausgleich für zu viel geleistete Arbeitszeit der Feuerwehr AN/0579/2013

Die Anfrage lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.1.1 Bericht über den Abschluss des Vergleichs zum Ausgleich für zu viel geleistete Arbeitszeit der Feuerwehr 1859/2013

Die Beantwortung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Mündliche Anfrage von Frau Manderla zu dem derzeitigen Besetzungsstand der Poststelle des Versorgungsamtes

Frau Manderla teilt mit, nach ihren Informationen sei die Poststelle des Versorgungsamtes bereits seit einem längeren Zeitraum unbesetzt, wodurch es hier zu Rückständen bei der Bearbeitung von Anträgen käme.

Herr Kahlen sichert die Klärung des Sachverhaltes sowie die Vorlage einer schriftlichen Beantwortung bis spätestens zur nächsten Sitzung des Ausschusses vor.

7.2 Mündliche Anfrage von Frau Manderla zu einer auf Taxen angebrachten Werbung eines Kölner Bordellbetriebes

Frau Manderla fragt inwiefern es möglich sei, etwas gegen die im Raum Köln häufig zu sehende Werbung eines großen Kölner Bordells auf Taxen zu unternehmen bzw. derartige Werbekampagnen zu unterbinden.

Herr Kahlen berichtet, auch die Gleichstellungsbeauftragte habe bereits im Stadtvorstand auf diese Thematik hingewiesen und sich für das Untersagen dieser Werbung eingesetzt.

Herr Kilp ergänzt, in einem ähnlichen Fall sei es der Stadt gelungen, per Ordnungsverfügung PKW-Werbung eines Bordellbetriebes zu untersagen. Diese habe sich jedoch von der nun angesprochenen Werbung in der Hinsicht unterschieden, als diese noch eindeutiger und bildlicher gewesen sei, so dass die Verwaltung hier insbesondere mit einer Verletzung der Menschenwürde argumentieren konnte.

Im Vergleich gesehen würde es voraussichtlich schwer sein, ähnlich zu argumentieren. Darüber hinaus sagt er die Überprüfung des aktuellen Sachverhaltes zu. Sollten Möglichkeiten gefunden werden, die Werbekampagne zu verbieten bzw. zumindest einschränken zu können, werde der Ausschuss hierüber informiert werden.

Frau Kronenberg fügt hinzu, eine Arbeitsgruppe habe bereits erfolglos versucht, sich mit der Taxiinnung diesbezüglich in Verbindung zu setzen. Ein Grund sei hier zum einen das sehr hohe Honorar gewesen, welches für Werbungen dieser Art üblicherweise geleistet werde und auf das die Taxiunternehmer ungern verzichteten. Darüber hinaus handele es sich hier nicht um eine eindeutige Bordellwerbung; vielmehr werde für einen Nachtclub geworben.

Frau Kronenberg weist abschließend darauf hin, sie empfehle jedem Kunden, bei der Bestellung eines Taxis explizit um ein solches zu bitten, auf dem keine derartige Werbung angebracht sei. Da dieser Empfehlung bereits einige Bürger und Bürgerinnen gefolgt seien, habe diese Maßnahme bereits Wirkung zeigen können.

7.3 Mündliche Nachfrage von Herrn Marx zur durchgeführten Mitarbeiterbefragung

Herr Marx greift die Ausführungen in der Mitteilung unter TOP 4.9 zu der im Zusammenhang mit dem festgestellten erhöhten Krankenstand unter den Beschäftigten der Stadt Köln durchgeführten Mitarbeiterbefragung auf und bittet um Information, wann hier mit der Vorlage der Ergebnisse zu rechnen sei.

Herr Kahlen bittet zu beachten, dass die Resonanz auf die Mitarbeiterbefragung mit einer Beteiligung von 51 % sehr groß gewesen sei. Eine gewissenhafte und den Anforderungen des Datenschutzes gerecht werdende Auswertung nehme Zeit in Anspruch. Er erläutert, die Fragebögen seien erfreulicherweise zum Teil sehr ausführlich und detailliert ausgefüllt worden. Um aufgrund der Angaben keine Rückschlüsse auf einzelne Personen ziehen zu können, bedürfe die Auswertung der Ergebnisse großer Sorgfalt. Aufgrund der besonderen Resonanz sei man darüber hinaus verpflichtet, durch eine sorgfältige Ausarbeitung hier Wertschätzung zu zeigen.

Herr Granitzka greift die aktuelle Presseberichterstattung zu diesem Thema auf und bittet darum, sich dennoch um die Beschleunigung des Verfahrens zu bemühen und den Beschäftigten sowie dem Ausschuss möglichst zeitnah ein Ergebnis vorzulegen. Er ergänzt, zumindest die zentrale Aussage der ausgewerteten Fragebögen sollte inzwischen vorgelegt werden können.

Herr Dicken bittet um Beachtung, entgegen der aktuellen Medienberichterstattung habe der Personalrat keine Zweifel an der korrekten Ausarbeitung der Umfrageergebnisse. Diesbezüglich befinde sich der Personalrat im regen Austausch mit der Verwaltung. Darüber hinaus werde der aktuelle Sachstand regelmäßig über die Steuerungsstelle im Intranet veröffentlicht. Zahlreiche Klicks zeigten, dass diese Informationsmöglichkeit oft und gerne von den Beschäftigten genutzt werde. Herr Dicken ergänzt, der Personalrat äußere keinerlei Kritik an der Vorgehensweise der Verwaltung. Im Sinne der Nachhaltigkeit sei es erforderlich, die vorliegenden Daten mit Sorgfalt auszuwerten.

7.4 Mündliche Anfrage von Herrn Görzel zur Beteiligung der Kölner Stadtentwässerungsbetriebe an einem Forschungsprojekt der Landesregierung

Herr Görzel berichtet, die Städtentwässerungsbetriebe Köln (StEB) seien kürzlich beauftragt worden, sich an einem Forschungsprojekt der Landesregierung zu beteiligen und hierfür Eigenmittel i. H. v. 565.000 € netto einzubringen. Da dies durch den eigentlichen Satzungsauftrag der StEB als Anstalt des Öffentlichen Rechtes seiner Einschätzung nach nicht gedeckt sei, bitte er hier um nähere Information.

Darüber hinaus bitte er um Mitteilung, inwiefern dieser finanzielle Aufwand bei der Gebührekalkulation für das Jahr 2014 Berücksichtigung fände.

Herr Kahlen sichert Herrn Görzel die Vorlage einer schriftlichen Stellungnahme zu.

8 Anträge

9 Platzvergaben

(Herr Maul hat an den folgenden Beratungen nicht teilgenommen.)

9.1 Genehmigung zur Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2013 1057/2013

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
 - des Festivals zur GamesCom vom 23.08. – 25.08.2013 (incl. Auf- und Abbauzeiten 19.08. – 28.08.2013)
 - des Antikmarktes vom 31.08. – 01.09.2013 (incl. Auf- und Abbauzeiten 30.08. – 02.09.2013)
 - der Ausstellung „Große Freiheit – liebe.lust.leben.“ vom 04.11. – 10.11.2013 (incl. Auf- und Abbau 02.11. – 11.11.2013)
2. den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
 - des Antikmarktes vom 19.07. – 21.07.2013 (incl. Auf- und Abbauzeiten 18.07. – 22.07.2013)

- des Festivals zur GamesCom vom 23.08. – 25.08.2013 (incl. Auf- und Abbauezeiten 19.08. – 28.08.2013

den jeweiligen Veranstaltern zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Allgemeine Vorlagen

**10.1 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln
1316/2013**

Herr Wolter schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Herr Granitzka greift diesen Vorschlag auf und bittet den Ausschuss um Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.2 Temporärer Bau (Kindertageseinrichtung) Herler Ring, Köln-Buchheim
0869/2013**

Herr Granitzka schlägt vor, sich dem Beschluss der Bezirksvertretung anzuschließen und bittet den Ausschuss um Abstimmung:

Beschluss:

Der Rat beschließt die temporäre Kindertageseinrichtung Herler Ring als eigenständige Einrichtung in städtischer Trägerschaft weiter zu führen.

Die zum ordnungsgemäßen Betrieb erforderlichen Stellen sind zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 114.400 € zur Beschaffung der Erstausstattungen aus dem Teilfinanzplan 0603, Kindertagesbetreuung bei Finanzstelle 5100-0603-0-1000, Kindergartenprogramm (U3), Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen im Haushaltsjahr 2013 im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO.

Ergänzung:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales schließt sich dem Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung Mülheim an und bittet die Verwaltung darüber hinaus, Planungen aufzunehmen, nach dem Ende der temporären Einrichtung an selber Stelle eine feste Einrichtung einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.3 Energieberatung für die städtischen Museen
hier: Einrichtung einer Stelle und Finanzierung
3691/2012**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.4 Zusetzung einer Stelle Familienhebamme beim Gesundheitsamt
0837/2013**

Beschluss:

Als Folgebeschluss zum Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 12.03.2013 (Ds. Nr. 0543/2013) über die Verwendung der Zuschussmittel, die auf Basis des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) und der daraus entstandenen Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen zur Verfügung stehen, beschließt der Rat die unbefristete Zusetzung von

1,0 Stelle Familienhebamme, VGr. Kr. VI/VII, Fg. 23/22 BAT (EGr. 9 A TVöD-K) beim Gesundheitsamt der Stadt Köln.

Die Deckung des mit der Stelleneinrichtungen verbundenen Mehraufwandes in Höhe von 49.300 € im Teilplan 0701 Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen erfolgt in vollem Umfang durch die pauschalierte Mittelzuweisung des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen in Höhe von 50.000 €.

Die Voraussetzungen des § 82 GO NRW sind erfüllt, da sich der mit der Stellenzusetzung verbundene Personalaufwand komplett aus Drittmitteln finanziert.

Die 1,0 Stelle Familienhebamme wird unbefristet eingerichtet, wobei die Besetzung jeweils nur für die Dauer der bewilligten 100 %-Refinanzierung erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.5 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme und Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln
4241/2012**

Frau dos Santos Herrmann teilt zunächst mit, ihre Fraktion begrüße das vorgelegte Maßnahmenprogramm. Dennoch werde, auch vor dem Hintergrund der finanziellen Umsetzbarkeit, eine Priorisierung der einzelnen Vorschläge vermisst. Sie bittet die Verwaltung, dies ggfs. über eine gesonderte Mitteilung noch nachzureichen.

Herr Granitzka merkt an, seine Fraktion könne sich diesem Vorschlag nur anschließen.

Frau von Bülow ergänzt zustimmend, neben einer Priorisierung sollte des Weiteren eine Evaluierung der einzelnen Maßnahmen erfolgen, die auch den Aspekt der möglichen Weiterentwicklung berücksichtige. Da dies insbesondere vor dem Hintergrund der nächsten Haushalts-

planberatungen von Interesse sei, bitte sie die Verwaltung um Vorlage einer entsprechenden Vorlage bis spätestens Ende 2013.

Herr Ekinci spricht sein Lob für das vorgelegte Maßnahmenprogramm aus. Darüber hinaus bittet er vor dem Hintergrund der auf der Seite 9 der Vorlage zu ersehenden Statistik um Information, ob die rückläufigen Zahlen der Einwohner- und Einwohnerinnen mit türkischem Migrationshintergrund ggfs. zu erklären seien. Er greift außerdem eine Passage auf Seite 31 der Mitteilung auf, wonach es für die Durchführung eines herkunftssprachlichen Unterrichts der Anmeldung von 15 Schülerinnen und Schülern bedürfe. Diese Stunden würden nach seinen Informationen häufig in der letzten Schulstunde angeboten werden. Da zu dieser Zeit viele Schüler/ -innen bereits zu Hause seien, sei es häufig schwer, die Anzahl der erforderlichen Mindestanmeldungen zu erreichen. In diesem Zusammenhang bitte er daher um Information, inwiefern hier ggfs. weitere Maßnahmen ergriffen werden könnten, diese Art des Unterrichts häufiger anbieten zu können.

Herr Detjen teilt mit, wie auch bereits im Integrationsrat diskutiert, sehe er in einer heutigen Beschlussfassung die Gefahr, dass dem von seines Wissens nach 300 Personen zeitaufwendig erarbeiteten Konzept nicht die Beachtung geschenkt werde, die es verdiene. Um den Fraktionen die Möglichkeit zu bieten, insbesondere die „Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung“ unter Kapitel 14 ausführlich in den Arbeitskreisen zu diskutieren, schlage er vor, die Mitteilung in die nächste Sitzung des Ausschusses zu schieben. Insbesondere vor dem Hintergrund der finanziellen Lage der Stadt sowie der personellen Kürzungen im Interkulturellen Referat schließe er sich der Bitte zur Priorisierung der einzelnen Maßnahmen an.

Herr Wolter schlägt vor, die Vorlage ohne Votum zu beschließen sowie die darüber hinaus geäußerten Anregungen an die Verwaltung in den Beschluss mit aufzunehmen.

Herr Granitzka greift diesen Vorschlag auf und bittet den Ausschuss um Abstimmung:

geänderter Beschluss:

- 1.) Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.
- 2.) Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, die aufgezeigten Maßnahmen hinsichtlich ihrer Umsetzung zu priorisieren und dem Ausschuss bis Ende des Jahres zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.6 Verordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Beförderungsentgelte für den Verkehr mit den in der Stadt Köln zugelassenen Taxen - Kölner Taxitarif - 1389/2013

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vertagt die Behandlung der Vorlage in die nächste reguläre Sitzung des Ausschusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.7 Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln
1498/2013**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

gez. Granitzka
Vorsitzender

gez. Stiens
Schriftführerin